



Rede von

Stadtrat Jürgen Zeeb

Fraktionsvorsitzender Freie Wähler Gemeinderatsfraktion

anlässlich

der allgemeinen Aussprache zum

Doppelhaushalt 2016/2017

im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

22. Oktober 2015

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, Vertreter der Presse,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Haushaltsberatungen sind die Königsdisziplin der Gemeinderäte –
zum Glück finden sie nur alle 2 Jahre statt !

Es wäre schön, wenn sich die Beratungen an den Bedürfnissen der
Stuttgarter Bürger orientieren würden und nicht bei einigen
Gemeinderäten und Parteien das Schielen nach einem Landtagsmandat
bei den bevorstehenden Landtagswahlen das Tun und Argumentieren
bestimmen.

Landtagswahlen und Landespolitik sind zweifellos wichtig; wir Freie
Wähler fühlen uns aber hier und heute nur unserer Stadt Stuttgart und
deren Bürger verpflichtet, deren bestmögliche Lebensqualität mit zu
gestalten und zu sichern.

Die Freien Wähler werden sicher nicht die „Gutmenschen“ sein und
überall und jedem alles vorschreiben und versprechen, auch nicht Berge
von weltfremden Alibianträgen schreiben, damit unser Stapel gleich hoch
ist, wie bei den anderen Fraktionen. Alles versprechen und wenig halten,
ist kein guter politischer Stil. Die Fraktion der Freien Wähler ist
haushaltserfahren genug, um einschätzen zu können, ob die Situation
der städtischen Finanzen so ist, wie sie vom Kämmerer beschrieben
wird, oder ob noch Spielräume für die Fraktionen vertretbar sind.

Wir werden uns auch beim Basar der Meistbietenden zurückhalten – das haben wir auch unseren Bezirksbeiräten vermittelt. Vor 4 Jahren hatten wir das abschreckende Beispiel beim Millionenpoker für die Schul- und Kitasanierungen. Heute ist Tatsache, was wir immer wieder mahnend angekündigt haben:

Wir können nur ca. 50 Millionen Euro pro Jahr verbauen – und eben nicht mehr.

Wir Freie Wähler werden Stuttgart nicht kaputtsparen, aber mit dem Blick auf die mittelfristige Finanzplanung an manchen Stellen zurückhaltend sein. Und zwar dort, wo der Ergebnishaushalt ins Minus aufgebläht wird. Das tun wir nicht aus Spaß, sondern aus Verantwortung für kommende Generationen, die dafür Zins und Tilgung tragen müssen.

Wir Freie Wähler wollen für alle Stuttgarter Bürger – Arme, Reiche, Menschen mit Migrationshintergrund, junge und ältere Mitbürger und für die Flüchtlinge aus Krisengebieten – ein Umfeld mit hoher Lebensqualität schaffen, erhalten oder verbessern. Das ist der Grundsatz für unser haushaltspolitisches Handeln und dafür setzen wir Schwerpunkte bei:

1. Schaffung von Wohnraum, auch für die Flüchtlinge, die hierbleiben werden,
2. Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur,
3. Maßnahmen für die Verbesserung der Luftqualität und Energieeinsparung,
4. Schaffung und Aufwertung von Gewerbestandorten und Arbeitsplatzsicherung,

5. Angemessene Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge nach den gesetzlichen Vorgaben,
6. und, nicht zu vergessen, unsere Stadtbezirke mit ihren Versorgungsfunktionen, mit Sport- und Kulturangeboten vor Ort, mit Kitas, Schulen und vielem anderen mehr.

Wir sind bereit, dort angemessen zu investieren, wo Steuergelder auch Früchte tragen, und zwar langfristig und nachhaltig, z. B.:

- bei Schul- und Kitabauten, also bei Bauprojekten für Erziehung, Bildung und Ausbildung;
- bei Sportflächen, die der Allgemeinheit und der Integration dienen;
- beim Grunderwerb für Wohnbau- und Gewerbeflächen;
- bei Personalengpässen städtischer Ämter im Bereich der Altenpflege, bei Erzieherinnen und Erziehern und bei Ämtern, die Stuttgart beim Wohnungsbau und der Schaffung von Arbeitsplätzen voranbringen und deshalb wichtige Standortfaktoren für Investoren sein können.

Und selbstverständlich auch bei strukturellen und baulichen Defiziten, die bisher aufgrund anderer Prioritäten vernachlässigt wurden:

- z. B. beim Straßenbau, bei Brücken, Wegen und den stadttypischen Stäffele;
- bei der Ertüchtigung vorhandener Gewerbegebiete und, sofern auf unserer Markung noch möglich, bei Neuausweisungen, z. B. auch für dringend benötigte, preiswerte Lagerplatzflächen.

Trotz allem muss der Haushalt selbst bei einer geringfügigen Neuverschuldung genehmigungsfähig sein und es darf zu keiner unzumutbaren Belastung für spätere Generationen kommen.

Neuverschuldungen sind mit den Freien Wählern möglich, aber nicht als Topzuschlag bei Luxusthemen, insbesondere im Kulturbereich. Deshalb haben wir auch größere Einsparungen vorgeschlagen als mögliche Deckungsvorschläge für unsere Anträge.

Noch ein Wort zum Bürgerhaushalt, den wir Freie Wähler in Zukunft gerne als **Bürgervorschläge zum Doppelhaushalt** bezeichnet sehen wollen:

Nachdem hier im Haus das „Hohelied“ für den Bürgerhaushalt quer durch die anderen Fraktionen gesungen wurde, sind wir gespannt, wie Sie, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, und auch die Bürgermeisterbank mit diesem Wunschzettel umgehen werden.

Besonders gespannt sind wir auf die Reaktionen der Bürger, wenn ihre teils sonderbaren Wünsche von ihren Volksvertretern ignoriert werden.

Wir bedanken uns bei der Stadtkämmerei für die Vorarbeit mit der grünen und roten Liste. Bedenken des 1. Bürgermeisters, was die Zukunftsperspektiven betrifft, nehmen wir durchaus ernst.

Das vorliegende Zahlenmaterial zeigt, dass wir maßvoll mit den Steuergeldern umgehen müssen. Nach über zwanzigjähriger Zugehörigkeit zu diesem Gemeinderat vertraue ich den Kolleginnen und Kollegen dieses Gremiums, die sich für das Wohl der Stadt engagieren und hoffentlich keine anderen Ambitionen in den Vordergrund stellen.

Ich werde jetzt nicht alle unsere Anträge vorlesen, das können Sie selbst und die Presse auch. Die einzelnen Anträge liegen Ihnen und der Presse vor.

Im Folgenden möchte ich auf die Themenschwerpunkte der Freien Wähler eingehen:

Wohnungen bauen

Das Wohnraumkonzept des Oberbürgermeisters ist nach Meinung vieler Beteiligter bisher eine große Luftblase:

- Die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften wurden zunächst ganz vergessen.
- Aufgrund der angekündigten „Leerstandsschnüffelei“ hat sich Haus und Grund mit immerhin 20.000 Mitgliedern, die ca. 100.000 Wohnungen bewirtschaften, vom runden Tisch zurückgezogen.
- Selbst SPD und Mieterverein sind nicht überzeugt von den versprochenen Zahlen des Oberbürgermeisters.
- Und dann die Diskussionen um das Zweckentfremdungsverbot! Dadurch gibt es keinen neuen Wohnraum, Herr Oberbürgermeister. Niemand mag unter solchen Rahmenbedingungen investieren und ins Risiko gehen.
- Sorgen Sie mit Ihrem politischen Einfluss für ein ausgewogenes Verhältnis von Eigentumsrecht und Mieterschutzrechten!
- Rücken Sie ab vom rot-rot-grünen Dogma, dass keine neuen Bauflächen geschaffen werden sollen. Im Stadtgebiet Stuttgart gibt es viele Grundstücke für kleine Baufelder, die zum Beispiel von jungen Familien dringend gesucht werden.
- Noch ein Wort zu meinem Lieblingsthema „Wohnungsbaumanager“. In meiner Haushaltsrede vor 2 Jahren forderte ich den Wohnungsbaumanager (siehe Haushaltsantrag 638/2013) und bin dafür ausgelacht worden. Schön, dass Sie meine Idee mit einer „angemessenen Verzögerung“ doch aufgegriffen haben, Herr Oberbürgermeister.

Unsere Forderungen:

- Grundstückspolitik überdenken, zusätzliche, kleine Bauflächen zulassen.
- Wohnungsbaumanager: Dringend die Stelle ausschreiben.
- Bebauungspläne schneller zum Beschluss bringen, notfalls mit externer Unterstützung. Das Maß der baulichen Nutzung – wenn möglich – erhöhen.
- Genehmigungsverfahren beschleunigen. Bei den Flüchtlingsunterkünften geht es doch auch!
- Nebenkosten für Wohnraum reduzieren: Weniger Gebühren und natürlich Senkung der Grundsteuer.
- Keine Leerstandsschnüffelei bei privaten Eigentümern. Wenn überhaupt, dann zuerst bei den Liegenschaften von Stadt, Land und Bund !

Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Nachdem meine Vorredner erkannt haben, dass in den vergangenen Jahren der Straßen-, Wege- und Treppenbau vernachlässigt wurde, fühlen wir Freie Wähler uns in diesem Thema bestätigt, das wir gebetsmühlenhaft in jedem Haushalt ansprechen. Wenn wir jetzt nicht genügend Geld in die Hand nehmen, insbesondere für unser wichtiges Vorrangstraßennetz, dann wird es irreparabel und sehr teuer und eine Schande für die „Noch-Autostadt“ Stuttgart.

Beim Kreuzzug gegen das Auto in unserer Stadt spielen wir nicht mit. Wir sind für genügend Parkraum in der City und für ein funktionierendes Verkehrssystem, denn mit Fahrradfahren oder flächendeckenden Tempo-30-Zonen lässt sich keine bedeutende Wirtschaftsmetropole am Leben halten. Zum Glück haben neben uns Freien Wählern auch das Bundesverkehrsministerium, die Region Stuttgart und die IHK das Thema Ringstraßensystem mit dem Nord-Ost-Ring und der fertig geplanten Filderauffahrt wieder ins Gedächtnis gerufen. An diesem Thema wollen wir dranbleiben.

Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität, mehr erneuerbarer Energie und Energieeinsparungsmöglichkeiten

Nachdem das Thema Windkraftanlagen im Tauschwald erledigt zu sein scheint, würden wir Freie Wähler gerne den Plan B des Oberbürgermeisters Kuhn unterstützen, wenn wir diesen kennen würden.

Schaffung und Aufwertung von Gewerbestandorten und Arbeitsplatzsicherung

Die Freien Wähler sehen sich von jeher als die Fürsprecher des Mittelstandes, bestehend aus Industrie, Dienstleistern, Gewerbetreibenden, Handwerkern, Angestellten und Arbeitern.

Das ist das Rückgrat, das auch in Krisenzeiten unsere Gesellschaft trägt. Diesen Mittelstand müssen wir in Zukunft mehr unterstützen.

Wir sehen, dies ist auch im Rathaus angekommen. Leider sinken die Gewerbesteuererinnahmen. Firmen verlassen Stuttgart. Eine geradezu dramatische Entwicklung! Für eine gut funktionierende Stadtgesellschaft brauchen wir attraktive Industrie- und Gewerbegebiete.

Wir vermissen an dieser Stelle einen Plan und die dazugehörigen Maßnahmen. Aus unserer Sicht muss die Stadt mehr Geld in die Hand nehmen, um freiwerdende Gewerbeflächen auf Vorrat zu kaufen. Stuttgart soll Firmen mit Expansionswünschen entsprechende Grundstücke anbieten können. Eine Gewerbeflächenoffensive könnte dazu dienen, die Gewerbegebiete zu modernisieren. Weilimdorf ist ein gutes Beispiel dafür, dass man ein bestehendes, aber in Teilen veraltetes Gewerbegebiet modernisieren und den heutigen Gegebenheiten anpassen muss.

Es schadet dem Wirtschafts- und Gewerbesteuerstandort, wenn, wie im letzten Haushalt, dringende Infrastrukturmaßnahmen – zum Beispiel die überlastete Nord-Süd-Straße mit einem verbesserten Anschluss der Industriegebiete in Vaihingen und Möhringen – aus ideologischen Gründen verhindert werden.

Wir appellieren an den Gemeinderat, den Verlockungen einer Gewerbesteuererhöhung nicht zu erliegen und nicht auch noch die kleinen Unternehmen weiter auszupressen, weil es gerade so reinpasst. Diese Betriebe sind es, in denen die Mitarbeiter zuletzt „freigesetzt“ werden und bei denen es noch Begriffe wie Fürsorgepflicht und Verantwortungsgefühl gibt.

Ohne die Wirtschaftskraft dieser Unternehmen und auch die der dort arbeitenden Bürger gibt es keine Steuereinnahmen – ohne Steuern kein Geld für Bildung und Ausbildung, kein Geld für soziale Projekte, für tolle Kulturevents und neue Sportplätze.

Angemessene Versorgung, Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge

Wir Freie Wähler werden wie bisher die Stuttgarter Politik zur Unterbringung der uns zugewiesenen Flüchtlinge konstruktiv begleiten. Wir werden die städtischen Vorschläge prüfen und bewerten, aber auch, wenn möglich und nötig, z.B. bei Standorten für Systembauten Alternativvorschläge zur Diskussion stellen.

Wir werden bei der Bevölkerung um Unterstützung werben und die Aktivitäten der Flüchtlingskreise vor Ort fördern. Und wir müssen uns heute schon Gedanken machen, wo die Hierbleibenden wohnen werden.

Mit der Not von Menschen werden wir keine Politik betreiben. Wir sehen uns in der Rolle der helfenden Feuerwehr und nicht der zündelnden Brandstifter.

Stadtbezirke und ihre Versorgungsfunktionen mit vielfältigen Kultur- und Sportangeboten

In den letzten Tagen wurde in den Stadtteilen verzweifelt nach Positionen im Haushaltsentwurf gesucht, die den 18 Außenstadtbezirken am Herzen liegen oder im Bürgerhaushalt ganz vorne stehen.

Eine Landeshauptstadt wie Stuttgart lebt von der großen Politik, aber den einzelnen Bürger an seinem Wohnstandort beschäftigen mehr die kleinen Themen, die ihm Lebensqualität vor der Haustür bescheren.

Man darf die Stadtbezirke nicht nur belasten mit Biomüllvergärungsanlage, Zulässigkeitsbereichen für Vergnügungsstätten oder Flüchtlingsunterkünften. Man kann nicht einfach darauf bauen, dass sich die Menschen vor Ort trotzdem immer weiter engagieren werden. Man muss den Stadtbezirken auch etwas zurückgeben! Das berücksichtigt unserer Meinung nach der Haushaltsplanentwurf von Oberbürgermeister Kuhn viel zu wenig, obwohl Herr Kuhn im OB-Wahlkampf 2012 plakatiert hat, er werde keinen der 23 Stadtbezirke vergessen.

Neben der gesicherten Versorgungsfunktion der Stadtteilzentren sind für uns auch die Sport- und Kulturangebote wichtige Wohlfühlfaktoren:

A) Sport und Bewegung

Unsere Stuttgarter Sportvereine leisten einen erheblichen Beitrag zum Wohlfühlfaktor der Stadtteile. Insbesondere die integrative Arbeit der

Vereine mit ausländischen Kindern und Jugendlichen ist hoch einzuschätzen. Vieles wird nach wie vor von Ehrenamtlichen in deren Freizeit geleistet. Dies entlastet an vielen Stellen die Stadtkasse und die Krankenkassen. Die Vereine haben unsere volle Unterstützung!

Unterstützen wollen wir deshalb insbesondere engagierte und innovative Verbands- und Vereinsarbeit, dort wo mutig auch neue Wege und Konzepte, Fusionen und Kooperationen angegangen und umgesetzt werden, insbesondere bei der Integration von Flüchtlingen.

Unsere Anträge sind ein Bekenntnis zur Sportstadt Stuttgart. Mit diesen Ausgaben sind wir in den letzten Jahren gut gefahren und wollen dies auch weiterhin tun.

B) Theaterszene und Kultureinrichtungen

Auch wir Freie Wähler sehen es gerne, wie im ganzen Land die Qualität und Vielfalt unserer Kulturangebote gelobt wird und wie viele andere Städte neidvoll auf diesen wesentlichen Standortfaktor blicken.

Wir können die vielen Wünsche der Kulturschaffenden nicht alle und immer erfüllen. Viele Forderungen sind zu hinterfragen, ob diese in der jetzigen Finanzsituation notwendig sind, um einen aktuellen Notstand zu beheben.

Wir müssen auch nachfragen, ob vielerorts die Eintrittspreise angemessen und nicht zu niedrig sind.

Kultur für alles und alle, für kleines Geld und zu jeder Zeit ist nicht finanzierbar. Die Vielzahl ist zu groß, denn auch die immer bedeutender werdende Migrationskultur darf nicht vergessen werden, ebenso wie wichtige kulturelle, ortsnahe und identitätsstiftende Veranstaltungen in den Stadtbezirken.

Wir Freie Wähler nehmen die strukturelle Unterfinanzierung der Kultureinrichtungen zur Kenntnis und setzen uns für die Umsetzung der zweiten Tranche ein. Außerdem halten wir es für richtig, das ifa (Institut für Auslandsbeziehungen) endlich vertragsgemäß zu fördern.

C) Landwirtschaft und Landschaftspflege

Die allgemein geschätzte, hohe Lebensqualität Stuttgarts ist eng verknüpft mit einem hohen Anteil an Wald- und Grünflächen sowie landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Die Pflege und Erhaltung dieser landwirtschaftlichen Flächen muss uns wichtig sein. Bei der Bürgerversammlung in Obertürkheim sprach Oberbürgermeister Kuhn die Förderung der gegenseitigen Rücksichtnahme und die Sensibilisierung der Stadtbevölkerung für die Belange der Landwirtschaft an. Die dafür notwendigen Mittel gehören in den Haushalt. Deshalb haben wir die Neuschaffung von 3 zweckgebundenen Stellen für den Feldschutz beim Städtischen Vollzugsdienst beantragt.

Fazit

Die Haupteinnahmequellen der Stadt schrumpfen. Fest steht:

- Die Anzahl der Stuttgarter Einwohner steigt. Damit benötigen wir mehr Infrastruktur, Arbeitsplätze und Wohnraum.
- Gewerbesteuerzahlungen gehen zurück. Wir brauchen gewerbefreundlichere Rahmenbedingungen.

Das ist zu beachten bei den Stapeln von Anträgen, die vor Ihnen liegen, und bei den anstehenden Haushaltsberatungen.

Unverantwortlich von der Verwaltung fanden wir, dass im Haushaltsentwurf und in der Grünen Liste keine Mittel vorgesehen sind für gesetzliche Aufgaben, zum Beispiel zur Gefahrenabwehr im Zuge der Verkehrssicherungspflicht bei Straßen, Wegen und Brücken oder für die Sicherheitsüberwachung in den Tunneln.

Aus der Konzeptpolitik sollte schnellstmöglich eine realisierbare Politik zur Verbesserung der Lebensqualität für die Stuttgart Bürger werden.

Zum guten Ende

Wir Freie Wähler werden gewohnt sachlich, kritisch und unpolemisch mit einem nüchternen Politikverständnis die Haushaltsberatungen

mitgestalten und sehen vielen Stunden des respektvollen Debattierens zum Wohl aller Stuttgarter Bürger entgegen.

Herzlichen Dank auch an den Sitzungsdienst und diejenigen Mitarbeiter, die die Anträge ins System brachten und ausdrückten, und vielleicht auch schon jetzt an die Küche, die uns gewohnt gut versorgen wird!

Ich danke für ihr Silentium